

Doron Kiesel

Müssen wir wieder Angst haben? Antisemitismus in Deutschland

Befragt nach dem Gefühl der Zugehörigkeit, dürften viele der hierzulande lebenden Jüdinnen und Juden sich in Deutschland und der hiesigen Gesellschaft verorten.¹ Vergleiche mit anderen europäischen Staaten wie Frankreich oder Ungarn lassen erkennen, dass sich die in Deutschland lebenden Juden nicht ernsthaft mit dem Gedanken tragen, aus der Bundesrepublik auszuwandern. Eigentlich eine erfreuliche Bestandsaufnahme im Jahre 73 nach Ende des Zweiten Weltkriegs und der Shoah. Und dennoch werden Risse in der Fassade des gemeinsamen deutsch-jüdischen Gebäudes sichtbar: Mit dem zunehmenden zeitlichen Abstand zum Nationalsozialismus und dem Verblässen der Erinnerung nehmen Geschichtskonstruktionen, Verzerrungen oder Leugnungen der historischen Geschehnisse immer häufiger zu. Subtile antisemitische Einstellungen werden überlagert durch zunehmend offen vorgetragene jüden- und israelfeindliche Positionen. In umliegenden europäischen Ländern gewinnen rechtspopulistische Parteien an Einfluss und in mehreren osteuropäischen Staaten geben nationalistische und unverhohlenen antisemitisch argumentierende Regierungen die politische Richtung an. In Deutschland hat sich eine rechtspopulistische, fremdenfeindliche Partei im Spektrum der Wählerschaft auf circa 15 Prozent eingependelt und entspricht somit der in Umfragen ermittelten Größenordnung nationalistisch-antisemitischer Einstellungen innerhalb der Bevölkerung.

An dieser Stelle erscheint es sinnvoll, die Entwicklung der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland nach 1945 zu rekapitulieren. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und dem Zivilisationsbruch der Shoah war es unvorstellbar, dass Juden jemals wieder in Deutschland leben würden. Nach ihrer Befreiung aus den Konzentrationslagern durch Truppen der alliierten Streitkräfte wurden die jüdischen Überlebenden auf mehrere DP-Camps verteilt, Auffanglager für sogenannte Displaced Persons, die auf dem Boden der westdeutschen Besatzungszonen errichtet worden waren. Sie sollten nur vorübergehend im Land der Täter verweilen, um dann in eines der sie aufnehmenden Staaten auszureisen. Die meisten von ihnen waren buchstäblich dem Tod entronnen, erschöpft, krank, von den Qualen in den Lagern gezeichnet und – nach allem, was sie selbst erlebt hatten oder mitansehen mussten – schwer traumatisiert. Diese Auffanglager, die ihnen vorübergehend Schutz und die Ahnung eines Neuanfangs vermittelten, wurden in den 50er Jahren wieder geschlossen, nachdem die meisten ihrer Bewohner ausgereist waren. Eine kleine Gruppe von circa 15.000 meist aus Osteuropa stammenden Überlebenden war jedoch aus vornehmlich verfolgungsbedingten, gesundheitlichen Gründen nicht in der Lage oder willens, an einem dritten Ort einen Neuanfang zu wagen. Diese zumeist

¹ Ben-Rafael, Eliezer/Sternberg, Yitzhak/Glückner, Olaf: Juden und jüdische Bildung im heutigen Deutschland. Studie im Auftrag des L.A. Pincus Funds for Jewish Education in the Diaspora, o. O. 2011. Bislang gibt es nur wenige Studien zum subjektiven Erleben und Wahrnehmen von Antisemitismus. Die Umfrage des zweiten Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus des Deutschen Bundestages im Jahr 2017 konstatiert allerdings eine subjektiv empfundene Zunahme an Antisemitismus und ein steigendes Gefühl der Bedrohung.

in den größeren Städten der jungen Bundesrepublik ansässigen jüdischen Überlebenden sollten den Grundstock der Nachkriegsgemeinden bilden. Sie lebten mitten unter den Tätern und führten ein Schattendasein in einer Gesellschaft, in der sie quantitativ keine relevante Größe repräsentierten und eigene Bewältigungsstrategien in einem ihnen unvertrauten und zum Teil feindlich gesinnten Umfeld entwickeln mussten. Zugleich wurden sie von jüdischen Organisationen heftig attackiert, weil sie sich in einem Land niedergelassen hatten, das weltweit wegen seiner Verbrechen diskreditiert und in der jüdischen Welt als Ort des Schreckens und des staatlich verfügten Terrors verrufen war.

Die kleine jüdische Gemeinschaft wuchs bis Ende der 80er Jahre auf rund 30.000 Mitglieder an. Die Kinder der Überlebenden wuchsen in einem Land auf, zu dem sie äußerst ambivalente Beziehungen entwickelten. Sie wussten um die traumatischen Erfahrungen ihrer Eltern, die ihnen nicht selten suggerierten, dass es für Juden in Deutschland keine Zukunft gäbe, obwohl sie selbst dageblieben waren. In dieser zweiten Generation wuchs zugleich die Erkenntnis, dass die politische Klasse der Bundesrepublik die Auseinandersetzung mit der jüngsten deutschen Geschichte als herausragenden Aspekt der politischen Kultur verstand und das Ziel verfolgte, eine stabile liberale Demokratie im Rahmen verlässlicher politischer Strukturen zu etablieren. Die Bereitschaft, die Bundesrepublik als eigenen Lebensmittelpunkt zu akzeptieren und sich mit ihrem politischen System zu identifizieren, führte schließlich auch dazu, dass immer mehr jüdische Gemeinden aus ihrem Schattendasein an die Öffentlichkeit traten. Jüdische Gemeindezentren wurden ebenso gegründet wie jüdische Schulen und Kindergärten. Der Wiederaufbau von Synagogen, die Eröffnung jüdischer Museen und schließlich die Gründung der Hochschule für Jüdische Studien in Heidelberg im Jahr 1979 waren sowohl Ausdruck des wieder erstarkenden Selbstbewusstseins der Mitglieder jüdischer Gemeinden als auch von deren Bereitschaft, an verschüttete jüdische Traditionen anzuknüpfen und sich an öffentlichen Debatten zu beteiligen.

Die Perestroika in der UdSSR und die anschließende Auflösung des Warschauer Paktes führten zu einer Massenauswanderung russischsprachiger Juden aus der ehemaligen Sowjetunion. Die meisten Juden wanderten nach Israel aus. Rund 200.000 Juden entschieden sich, nach Deutschland zu immigrieren, nachdem die Bundesregierung ihr Interesse erklärte, jüdischen Einwander*innen aus den GUS-Staaten die Möglichkeit einzuräumen, sich in Deutschland niederzulassen. Über die Hälfte der Eingewanderten entschied sich für die Mitgliedschaft in einer der rund hundert bereits bestehenden oder neu gegründeten jüdischen Gemeinden. Mancherorts gründeten die Eingewanderten selbst neue jüdische Institutionen, insbesondere in den neuen Bundesländern.

Mit der russischsprachigen jüdischen Zuwanderung verdreifachte sich die Zahl der Gemeindemitglieder in Deutschland innerhalb weniger Jahre. Die jüdische Stimme nahm an Bedeutung zu und allen Prognosen und Warnungen zum Trotz wuchs die jüdische Gemeinschaft in Deutschland stark an und ist heute nach England und Frankreich die drittgrößte in Europa. Befragt nach ihrem Integrationsverlauf, betonen die meisten überwiegend jüngeren Einwander*innen – also die Angehörigen der zweiten Generation der russischsprachigen Juden –, dass sie ihre Zukunft in

Deutschland mit seinen demokratischen Spielregeln sehen und sich aktiv am gesellschaftlichen Leben beteiligen möchten. Für viele, die in der Sowjetunion keine Möglichkeit hatten, ihr Judentum zu leben, war die jüdische Gemeinschaft in Deutschland eine Möglichkeit, einen Zugang zur jüdischen Identität zu finden. Viele von ihnen konnten nach Jahrzehnten aufgezwungener Identitätsverdrängung sich den Wunsch nach gemeinschaftlicher Zugehörigkeit und kultureller Anerkennung endlich erfüllen.

Bis vor wenigen Jahren hatten die meisten in der Bundesrepublik lebenden Juden keinen Zweifel daran gelassen, dass sie sich zwar als Minderheit, aber zugleich als Teil der politisch stabilen, demokratischen deutschen Gesellschaft sehen. Während in anderen europäischen Staaten antisemitische Stimmungen, politische Bewegungen oder Parteien auf wachsende Zustimmung stießen, schien Deutschland von diesem „Phänomen“ verschont zu bleiben. Vielleicht war das eine schützende und stabilisierende Wahrnehmung, die jüdische Menschen nach außen getragen haben, oder auch Ausdruck eines dualen Verständnisses: Antisemitismus auf der einen Seite, die formal geschichtsbewusste Gesellschaft auf der anderen. Die systematische historisch-politische Bildung zum Nationalsozialismus schien gefruchtet und das Land der Täter sich in ein Bollwerk der Demokratie verwandelt zu haben.

Selbstverständlich wussten und wissen in Deutschland lebende Juden, wie dünn das Eis der Erkenntnis ist. Schon früh spürten sie, dass die offizielle Aufarbeitung des Nationalsozialismus und der Shoah kein Garant für die vorurteilsfreie Haltung gegenüber Juden ist. Der Antisemitismus war nach dem Ende des Nationalsozialismus nicht verschwunden. Nicht nur subtile Vorbehalte, auch tief verinnerlichte Aggressionen wie die Täter-Opfer-Umkehr prägten die Wahrnehmung der nichtjüdischen Mehrheit gegenüber Juden. Das äußerte sich immer wieder in öffentlichen Entgleisungen, offen oder anonym geäußerten Hetzreden, Schändungen jüdischer Grabsteine und sogar vereinzelt Übergriffen. Ebenso wurden in den Medien, an Schulen oder Hochschulen israelkritische Positionen vertreten, die nicht selten antisemitische Ressentiments transportieren. In Deutschland lebende Juden werden hierbei für die politischen Verhältnisse im Nahen Osten zur Verantwortung gezogen, und die Verbrechen der Nationalsozialisten werden dadurch relativiert, dass die Situation der Palästinenser entkontextualisiert und mit der der Juden in Nazi-Deutschland gleichgestellt wird. Spätestens an dieser Stelle wird deutlich, dass die Speerspitze gegen Israel der Schuld- und Erinnerungsabwehr dient und von einer differenzierten Auseinandersetzung mit dem israelisch-arabischen Konflikt weit entfernt ist.

Nichtsdestotrotz hatte sich das Verhältnis zwischen Angehörigen der jüdischen Gemeinschaft und den nichtjüdischen Deutschen in den vergangenen Jahrzehnten stabilisiert. Jüdische Intellektuelle, Schriftsteller, Wissenschaftler und Künstler genießen ein hohes gesellschaftliches Ansehen und Wertschätzung, jüdische Institutionen erfahren einen hohen Grad an Aufmerksamkeit. Aber wie in all den Jahren davor lässt sich eine Gleichzeitigkeit beobachten: Während sich die gesellschaftlichen und kulturellen Beziehungen weiterentwickeln, kommt es immer wieder zu Bruchstellen, zu antisemitisch aufgeladenen öffentlichen Debatten – man denke an das

Günter-Grass-Gedicht oder die Beschneidungsdebatte – und zu antisemitischen Ausfällen an Schulen. Auch die öffentliche Reaktion auf den Gaza-Krieg 2014 war von hasserfüllten Attacken gegen Juden und Israel gekennzeichnet. Mit dem Auftauchen der rechtspopulistischen AFD in der politischen Landschaft und der Zuwanderung von über einer Million überwiegend muslimischer Geflüchteter, darunter solchen, die aus Staaten kommen, die sich mit Israel faktisch im Kriegszustand befinden, stellt sich für viele Juden die Frage, ob sie weiterhin davon ausgehen können, dass sie in diesem Land wirklich erwünscht sind. Erinnerungen werden wach und scheinbar überwunden geglaubte Ängste drängen sich wieder ins Bewusstsein.

Der gegenwärtige Antisemitismus

Der gegenwärtige Antisemitismus ist eine „vertraute“ Projektionsfläche, ein Syndrom der Auf- und Abwertung, das auch in der Mitte der Gesellschaft tief verankert ist. Die im Antisemitismus fest eingeschriebenen Bilder und Mythen stellen den Kern antisemitischer Konstruktionen dar. Diese Bilder sind historisch überliefert und entstammen einer jahrhundertealten Tradition, die von Generation zu Generation weitergegeben wurde und Juden als „Andere“ und „Fremde“ konstruiert. Was daraus resultiert, ist die Wahrnehmung des „Jüdischen“ als etwas, das immer noch auf dem binären Unterscheidungsprinzip zwischen Eigenem und Fremdem basiert und scheinbar unüberwindbare Gruppengrenzen festlegt. Die Phantasie von einem jüdischen Kollektiv lässt die Unterscheidung zwischen „uns“ und „den“ Juden kraftvoll nachwirken. Demnach werden Juden als ein in sich homogenes, monolithisches Kollektiv wahrgenommen und mit stereotypen Merkmalen – Eigenschaften, Verhaltensweisen, ja Absichten – belegt. Dabei geht es auch um eine affektbezogene und durch Vorurteile begründete Abneigung gegen alles „Jüdische“ als eine gruppenbezogene Aversion, die sich in der Regel nicht auf wirkliche Erfahrungen stützt und so gesehen ein überindividuelles, psychohistorisches Konzept darstellt.² Diese Art der Wahrnehmung von Juden und Jüdischem ist im kollektiven Bewusstsein von Großgruppen wie auch in einigen individuellen Einstellungskonzepten fest verankert und existiert auch ohne jüdische Präsenz oder „jüdisches Verhalten“²

Antisemitische Ressentiments bleiben über die Jahre stabil und sind in ihrem Gehalt außerordentlich konsistent. Sie wirken emotionsevozierend, stärken den Identitätserhalt und fördern gesellschaftliche Gruppenbildungsprozesse. Sie verfügen über eine stark legitimierende Macht und unterliegen einer besonderen Dynamik, welche die klassischen Motive übernimmt, aber gleichzeitig für neue Rationalisierungen, Projektionen und Verschiebungen anfällig bleibt. Ihre offenen und versteckten Manifestationen sind hoch ambivalent, verwirrend und tragen im Wesentlichen dazu bei, dass die Wirkmächtigkeit des aktuellen Antisemitismus häufig übersehen wird. Gleichzeitig wird die Frage nach dem Antisemitismus immer wieder neu gestellt.³

² Bundschuh, Stephan: Eine Pädagogik gegen Antisemitismus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 57, Heft 31, 2007, S. 32–38.

³ Chernivsky, Marina: Biografisch geprägte Perspektiven auf Antisemitismus. In: Meron Mendel, Astrid Messerschmidt, Tom David Uhlig (Hrsg.): Fragiler Konsens: Antisemitismus in der Migrationsgesellschaft, Frankfurt am Main 2017, S. 269–281.

Solch diffuse und affektgeladene Ressentiments zeigen sich nicht immer offen oder beabsichtigt. Aber auch ein unbeabsichtigtes antisemitisches Sprechen kann antisemitisch konnotiert sein und eine verheerende Wirkung entfalten. Demgegenüber stehen manifeste – ideologisch geformte – Einstellungen, die eine bewusste Auffassung widerspiegeln und gezielt zum Ausdruck gebracht werden. Einstellungen müssen nicht zwingend zu Handlungen führen, aber die Gesinnung zieht fast immer die eine oder andere Artikulationsform nach sich. Antisemitische Ressentiments weisen gegenüber anderen gruppenbezogenen Ressentiments zudem Besonderheiten auf. Im Antisemitismus geht es vor allem um die Stereotypisierung der jüdischen „Gruppe“ und die Zuschreibung von Allmachtsphantasien. Außerdem wird sie mit gegensätzlichen Zuweisungen versehen: „arm“ oder „reich“, „elitär“ oder „minderwertig“, „kapitalistisch“ oder „kommunistisch“.⁴

Weitergehende Äußerungen antisemitischer Einstellungen können darüber hinaus Einfluss auf die Ebene der Handlungen nehmen und etwa in der direkten Forderung nach einer Benachteiligung von Juden und letztlich im Absprechen der Bürger- und Menschenrechte münden. Gehen solche Auffassungen in konkrete Handlungen über, handelt es sich um Formen eines gewalttätigen Antisemitismus, der sich in Angriffen auf Einrichtungen und Personen zeigt und in seiner letzten Konsequenz zur systematischen Verfolgung und Ermordung führen kann.

Die 2015 eingesetzte Expertenkommission des Deutschen Bundestages zeichnet dieses Bild in Teilen nach.⁵ Der Expertenkreis wurde damit beauftragt, eine umfassende Bestandsaufnahme vorzulegen, die das Maß und die Handlungsbedarfe im Umgang mit Antisemitismus eruiert. Im Folgenden werden unter anderem die für die Fragestellung dieses Beitrags relevanten Ergebnisse vorgestellt und diskutiert.

Begriffsbestimmung

Der Begriff des Antisemitismus unterscheidet sich von dem religiös geprägten Begriff der „Judenfeindschaft“ vor allem darin, dass er sich gegen das gesamte jüdische Kollektiv richtet, ohne Rücksichtnahme auf das religiöse Bekenntnis der Einzelnen. Auch wenn die doch sehr heterogenen antisemitischen Traditionen nur teilweise in diesen Begriffen abbildbar sind, werden Judenfeindschaft, Judenfeindlichkeit und Antisemitismus heutzutage synonym verwendet. Die Judenfeindschaft oder der Antijudaismus bezeichnen zwar eine frühere, christlich geprägte Beziehung zu Juden und Jüdischem, spiegeln jedoch das allgemeine Verständnis von Voreingenommenheit, Ablehnung und Hass gegenüber Juden und gehen somit in den Antisemitismusbegriff ein.⁶

⁴ Vgl. Antisemitismus in Deutschland – aktuelle Entwicklungen. Zweiter Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus, hrsg. vom Bundesministerium des Innern, Berlin 2017, insb. Kap. „Begriffsbestimmung und Typologien“, 23–28. Download unter: <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/gesellschaft-integration/expertenbericht-antisemitismus-in-deutschland.html>.

⁵ Die zweite unabhängige Expertenkommission wurde 2015 vom Deutschen Bundestag berufen mit dem Ziel einer ausführlichen Bestandsaufnahme des aktuellen Antisemitismus.

⁶ Der Begriff „Antisemitismus“ wird seit seiner Prägung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ausschließlich gegen Juden verwendet, auch wenn die sprachwissenschaftliche Definition von „Semiten“

Es gibt auch keine allgemein gültige Definition von Antisemitismus, die das Phänomen ganzheitlich erklären und begründen kann. So bleibt die Erfassung des Antisemitismus und seiner Erscheinungsformen je nach Disziplin und Forschungsrichtung ein vielfach diskutiertes Thema. Der Blick auf die unterschiedlichen Schulen und Theoriekonzepte ermöglicht jedoch einen transdisziplinären Blick auf das Phänomen und legt nahe, dass Antisemitismuskritik und Bildungsarbeit einer besonderen Aufmerksamkeit für kognitive, affektive und soziale Prozesse bedürfen und nicht allein durch Faktenaufklärung zu bewältigen sind.

Der 2011 vorgelegte erste Expertenbericht des Bundesministeriums des Innern schlägt folgende Orientierungs- und Definitionsmöglichkeiten vor:

„Erstens, Antisemitismus meint Feindschaft gegen Juden als Juden, das heißt der entscheidende Grund für die artikulierte Ablehnung hängt mit der angeblichen oder tatsächlichen jüdischen Herkunft eines Individuums oder einer Gruppe zusammen, kann sich aber auch auf Israel beziehen, das als jüdischer Staat verstanden wird. Zweitens, Antisemitismus kann sich unterschiedlich artikulieren: latente Einstellungen, verbalisierte Diffamierungen, politische Forderungen, diskriminierende Praktiken, personelle Verfolgung, existenzielle Vernichtung. Drittens, Antisemitismus kann in verschiedenen Begründungsformen auftreten: religiös, sozial, politisch, nationalistisch, rassistisch, sekundär und antizionistisch.“⁷

Im Folgenden wird auf die „Arbeitsdefinition“ verwiesen, die sich insbesondere in politischen und praktischen Zusammenhängen als nützlich erwiesen hat. Der Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus (UEA) versteht die Arbeitsdefinition „Antisemitismus“ als ein wegweisendes Dokument für die praktische Arbeit der Polizei, aber auch bei der Erfassung von antisemitischen Vorfällen durch NGOs, will sie aber zugleich um eine wissenschaftliche Perspektive erweitert wissen, da nur so die vielfältigen Facetten des Antisemitismus herausgearbeitet und analysiert werden können.

Arbeitsdefinition „Antisemitismus“

Die Arbeitsdefinition „Antisemitismus“ wurde 2016 von der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA), der 31 Staaten angehören, als praxisorientierte „Working Definition“ angenommen und als Arbeitsdokument implementiert. Im Laufe der Zeit wurde die Definition von einer Reihe internationaler, aber auch deutscher NGOs als praktischer Leitfaden übernommen und stellt eine wichtige Hilfestellung bei der Erfassung antisemitischer Vorfälle und Straftaten dar, die in den europäischen Ländern jeweils unterschiedlich erfolgt. Die eigentliche Definition ist in der Vorlage

neben Hebräisch auch andere semitische Sprachen umfasst. Vgl. Antisemitismus in Deutschland – aktuelle Entwicklungen, Kap. „Begriffsbestimmung und Typologien“, S. 23–28.

⁷ Antisemitismus in Deutschland. Erscheinungsformen, Bedingungen, Präventionsansätze. Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus, hrsg. vom Bundesministerium des Innern, Berlin 2011, S. 10. Download unter: https://www.bmi.bund.de/SiteGlobals/Forms/suche/publikationssuche-formular.html?resourceId=9390256&input_=9390272&pageLocale=de&templateQueryString=Erster+Bericht+der+unabh%C3%A4ngigen&submit.x=0&submit.y=0.

äußerst kurz gehalten: „Der Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum, sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen. Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein.“⁸ Im Weiteren werden Beispiele genannt, die antisemitisch sind oder antisemitische Konnotationen haben können, wie etwa der „Aufruf zur Tötung oder Schädigung von Juden im Namen einer radikalen Ideologie oder einer extremistischen Religionsanschauung“, „dämonisierende oder stereotype Anschuldigungen gegen Juden“ oder das „Verantwortlichmachen der Juden als Volk für das [...] Fehlverhalten einzelner Juden“. Weitere Beispiele beziehen sich auf negative Wertungen gegenüber dem Staat Israel, wie etwa „die Behauptung, die Existenz des Staates Israel sei ein rassistisches Unterfangen“, die „Anwendung doppelter Standards“ oder das „Bestreben, alle Juden kollektiv für Handlungen des Staates Israel verantwortlich zu machen“.⁹

Was noch wichtig ist, wenn wir über Antisemitismus sprechen: Antisemitische Ressentiments ziehen sich nicht nur als Ideologieformen, sondern auch als diffuse Versatzstücke quer durch alle Gesellschaftsgruppen. Insbesondere der sekundäre Antisemitismus als Reaktion auf den Holocaust und der antizionistische Antisemitismus als Reaktion auf die Gründung des Staates Israel sind weit verbreitet und erzielen bei Umfragen hohe Zustimmungswerte.¹⁰

Ausdrucksformen des Antisemitismus

Antisemitismus artikuliert sich in unterschiedlichen Formen und passt sich dem Zeitgeist an. Die sich wandelnden gesellschaftliche Verhältnisse sind ausschlaggebend für die neuen Kodierungen klassischer antisemitischer Ressentiments, aber das ist noch kein hinreichendes Indiz für die Behauptung eines „neuen“ Antisemitismus. Vielmehr geht es um eine Kontinuität der Bilder und Mythen, die jederzeit im neuen Gewand und mit neuen Funktionen aufblühen. Im Laufe der ideengeschichtlichen Entwicklung der Judenfeindschaft entstanden Mythen, Stereotype und Ressentiments, die Juden zugeschrieben wurden, die Form von Hassbildern annahmen und in Diskriminierung und gar Verfolgung und Vernichtung mündeten. Da es bei antisemitischen Zuschreibungen um Projektionen handelt und nicht um reale Erfahrungen, stellt der Antisemitismus eine projektives Weltbild und schließlich auch eine ideologische Verzerrung sozialer Realität dar. Solche Weltbilder gehen über die Rolle der Vorurteile hinaus und erfüllen wichtige Funktionen wie Vereinfachung komplexer Zusammenhänge, kausale Erklärungen für unübersichtliche Ereignisse, Schuldabwehr, Erhalt von Gruppenidentitäten.¹¹

⁸ Arbeitsdefinition „Antisemitismus“, online zum Beispiel unter: <https://european-forum-on-antisemitism.org/definition-of-antisemitism/deutsch-german>.

⁹ Ebd.

¹⁰ Antisemitismus in Deutschland – aktuelle Entwicklungen, Kap. „Antisemitische Einstellungen in der Bevölkerung“, S. 53–90.

¹¹ Chernivsky: Biografisch geprägte Perspektiven auf Antisemitismus, S. 269–281.

Der zweite Bericht des UEA aus dem Jahr 2017 klassifiziert die Ausdrucksformen des Antisemitismus in fünf „klassische Ideologieformen“. Der Begriff „Ideologieformen“ verweist darauf, dass es sich hier um abstrakte – idealtypische – Kategorien handelt, die miteinander verwoben sind, auch wenn diese Unterschiede aufweisen und deshalb getrennt beschrieben werden. Damit wird der Versuch unternommen, eine Einordnung antisemitischer Feindbilder und Verhaltensweisen vorzunehmen und Unterscheidungsprinzipien daraus zu entwickeln.¹² Trotzdem ist es insbesondere bei neueren Ideologieformen wichtig, auf Verschränkungen hinzuweisen, die in folgendem Beispiel eines Hassbriefes besonders deutlich werden: „Juden genießen auch heute noch kein Ansehen und werden von anderen als bedrohlich und fremd eingestuft, weil sie den Holocaust für eigene (politische) Zwecke missbrauchen. Hinzu kommt, dass Juden in ihrer Heimatstätte Israel die arabische Bevölkerung grundlos provozieren und systematisch enteignen. Es zeigt, dass die ihnen zugeschriebenen Eigenschaften wahr sind. Sie mischen sich unter die Völker und schaden ihnen von innen heraus. Auch in Deutschland machen sie das. Sie haben die Macht über die Medien und herrschen so über den Kopf der Leute.“¹³

Klassische Ideologieformen des Antisemitismus¹⁴

1) Beim *religiösen Antisemitismus* handelt es sich um die älteste Form der Judenfeindschaft. Diese Form entwickelte sich aus dem alleinigen Wahrheitsanspruch der christlichen Auffassung von Religion, die mit der Abgrenzung, Ablehnung und Diffamierung anderer Glaubensformen einhergeht. Ansätze zum religiösen Antisemitismus finden sich bereits im Neuen Testament, wenn Juden als „Söhne des Teufels“ bezeichnet und als Verfolger Jesu dargestellt werden. Insbesondere die Behauptung, Juden trügen die Schuld am Tod Jesu, hat sich in Gestalt des Vorwurfs vom „Gottesmord“ tief in die Glaubensauffassung der meisten Christen eingepreßt. Im Mittelalter kamen noch weitere Unterstellungen, wie etwa die vom „Hostienfrevel“ oder vom „Ritualmord“, hinzu und finden sich auch in modernen Varianten antisemitischer Stereotype und Vorurteile wieder.

2) Der *soziale Antisemitismus* wurzelt in der Annahme eines besonderen sozialen Status von Juden in der Gesellschaft und bildet hier das Grundmotiv antisemitischer Ressentiments. Ansätze zum sozialen Antisemitismus entstanden bereits im Mittelalter im Kontext des kanonischen Zinsverbotes für Christen. Bis heute ist das stereotype Bild von Juden als besonders mächtigen Akteuren in der Finanzwelt gängiger Bestandteil antisemitischer Vorurteilsstrukturen und Verschwörungstheorien.

3) Der *politische Antisemitismus* stellt eine dritte Ideologieform der Judenfeindschaft dar und speist sich aus der Vorstellung, Juden seien ein homogenes Kollektiv mit

¹² Antisemitismus in Deutschland – aktuelle Entwicklungen, S. 25 f.

¹³ Auszug aus einem Hassbrief an das Kompetenzzentrum der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden (ZWST) in Frankfurt am Main.

¹⁴ Manche Abschnitte des nun Folgenden decken sich mit der Veröffentlichung „Antisemitismus in Deutschland – aktuelle Entwicklungen“ des BMI aufgrund der Zugehörigkeit der Co-Autorin Marina Chernivsky zur Expertengruppe.

einflussreicher sozialer Macht, das sich in politischer Absicht zu gemeinsamem Handeln zusammengeschlossen hat. Unterstellt wird, durch geheime Planung in Gestalt einer Verschwörung die Herrschaft in dem jeweiligen Land oder in der ganzen Welt erlangen zu wollen. Jüdische Kräfte werden auch hinter politischen Umbrüchen wie Kriegen, Revolutionen oder Wirtschaftskrisen vermutet. Erste Ansätze bildeten bereits die Behauptungen von der „Brunnenvergiftung“ im Mittelalter. Später entwickelte sich diese Auffassung in systematischer Form weiter. Bis heute und mit Aufkommen der Sozialen Medien noch einmal verstärkt werden die Theorien einer „jüdischen Weltverschwörung“ als Bestandteil antisemitischer Ideologien reanimiert und verfestigt.

4) Eine vierte Ideologieform ist der *nationalistische Antisemitismus*. Juden werden hier als eine ethnisch, kulturell oder sozial nicht zur jeweiligen Nation gehörende Minderheit betrachtet. Der nationalistische Antisemitismus hebt auf angebliche ethnische Unterschiede ab und behauptet kulturelle Gegensätze. Juden werden entsprechend als Fremdkörper wahrgenommen und aufgrund ihres Status als „Dritte“ der Illoyalität gegenüber der jeweiligen Nation beschuldigt.

5) Dem nationalistischen Antisemitismus verwandt und dennoch von ihm zu unterscheiden ist die fünfte Kategorie antisemitischer Ideologieformen, der *rassistische Antisemitismus*. Seine Besonderheit besteht darin, dass er Juden biologistisch gesehen als „fremdartig“ bewertet und sie weder durch die Abkehr von ihrer Religion noch durch ein „anderes“ Verhalten dieser Bewertung entgehen können. Derartige Auffassungen propagierte seit Anfang der 1870er-Jahre die völkische Bewegung. Hier wurden biologistische Argumentationsmuster mit einer sozialdarwinistischen Ideologie verknüpft. Der spätere Völkermord war somit bereits ideologisch in dieser Form der Judenfeindschaft als mögliche Konsequenz angelegt.

Neuere Ideologieformen des Antisemitismus

Die jahrhundertalte Verankerung antisemitischer Topoi – siehe hierzu die fünf Ideologieformen des Antisemitismus – und die offizielle Ächtung des Antisemitismus nach 1945 trugen dazu bei, dass in der politischen Kultur ebenso wie im alltäglichen Bewusstsein der nichtjüdischen Deutschen der Antisemitismus nicht mehr offen in Erscheinung tritt. Gleichzeitig existiert der Antisemitismus auch in demokratisch verfassten Gesellschaften und entfaltet seine Wirkung als eine unterschwellige Kommunikationslatenz im privaten und öffentlichen Sprechen.

Zentral ist hierfür die „Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit sowie der Umgang mit dem Staat Israel. Beide Themenbereiche beziehen sich auf die Zeit nach 1945 und werden hier als Teil der neueren Ideologieformen des Antisemitismus betrachtet, die zum einen als *sekundärer/post-Holocaust-Antisemitismus* und zum anderen als *antizionistischer/israelbezogener Antisemitismus* bezeichnet werden.“¹⁵

Dabei zeigt sich, dass bei der Unterscheidung zwischen traditionellen und neueren Erscheinungsformen des Antisemitismus nicht von zwei genuin verschiedenen

¹⁵ Antisemitismus in Deutschland – aktuelle Entwicklungen, S. 26 f. (Hervorh. im Original).

Ideologieformen gesprochen werden kann, da in der konkreten Agitation und Feindbildbestimmung einzelne Bestandteile des traditionellen Antisemitismus mit neueren Formen der Judenfeindschaft einhergehen. So tauchen auch im Post-Holocaust-Antisemitismus traditionelle Argumentationsmuster auf, wie etwa die Auffassung von der angeblich jüdischen Fixierung auf finanziellen Besitz oder politische Macht.

Zentrale Grundlage des Nachkriegsantisemitismus ist die Erinnerungs- und Schuldabwehr und die Täter-Opfer-Umkehr unter anderem in Form der Unterstellung, dass die öffentliche Auseinandersetzung mit dem Holocaust der Diffamierung der nationalen Identität der Deutschen, der Gewährung von Wiedergutmachungszahlungen an Israel und der Legitimation der israelischen Politik im Nahen Osten diene. Ungeachtet einer konstitutiven Erinnerungskultur und historischer Aufarbeitung bildet das Bedürfnis nach Entlastung der Generationen weiterhin den Kern des sekundären Antisemitismus, der sich als Querschnittsmotiv in allen anderen, besonders in israelbezogenen, Antisemitismusedimensionen wiederfindet. Dabei wird Juden zum einen die Mitschuld an ihrer eigenen Verfolgung angelastet, zum anderem wird ihnen im Kontext des Nahostkonfliktes ein kollektiver Täterstatus zugeschrieben: Die Täter- und Opferpositionen werden ausgetauscht, so dass die Diskriminierung der Opfer legitim erscheint und die historische Verstrickung abgewehrt werden kann.¹⁶

Als besondere Variante des Post-Holocaust-Antisemitismus gelten die Holocaust-Leugnung und der antizionistische Antisemitismus. Der Begriff „Zionismus“ steht seit dem 19. Jahrhundert als Sammelbezeichnung für Bestrebungen von Juden, einen eigenen Nationalstaat zu etablieren. Mit der Gründung des Staates Israel wurde dieses Ziel erreicht. Der Begriff des „Antizionismus“ bezieht sich daher auf die Delegitimierung des Staates Israel. Antizionistischer Antisemitismus zeigt sich in einer rigiden Ablehnung der Außen- und Innenpolitik Israels, wobei das konstitutive Motiv dafür in der jüdischen Prägung des Staates gesehen wird.¹⁷

Dabei überlagern sich aktuell die Antisemitismen zunehmend: Die Neuen Rechten nutzen den Antisemitismusvorwurf als Instrument der kollektiven Disqualifizierung von muslimischen Communities; die sogenannte Mitte der Gesellschaft reproduziert antisemitische Ressentiments und nutzt die „Israelkritik“ als Entlastungsprinzip; im radikalen Islamismus wird sogar eine Variante des modernen Vernichtungsantisemitismus vertreten. Last but not least lassen sich dabei gefährliche Allianzen bilden, und zwar im Hass sowohl auf Juden und Israel als auch auf Muslime.

Zur Rezeption des Antisemitismus in der jüdischen Bevölkerung

„Wenn man zugibt, jüdisch zu sein, verändert sich die Sicht der anderen Person [...]. Also entweder wird man besser behandelt oder schlechter oder man wird skeptisch behandelt, aber *irgendwas wird sich definitiv verändern*, und das möchte ich nicht.“¹⁸

¹⁶ Chernivsky: Antisemitismus als individuelle Erfahrung und soziales Phänomen, S. 33–38.

¹⁷ Vgl. Antisemitismus in Deutschland – aktuelle Entwicklungen, Kap. „Begriffsbestimmung und Typologien“, insb. S. 25 f.

¹⁸ Chernivsky, Marina: Interview mit Studierenden. Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus. In: Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V. (Hrsg.): Antisemitismus und Empowerment. Perspektiven, Ansätze und Projektideen, Frankfurt am Main 2015, S. 26–31, hier S. 26 f. (Hervorh. im Original).

Wie sehen Jüdinnen und Juden das Problem des aktuellen Antisemitismus? Was sind ihre Wahrnehmungen, Einschätzungen und Bewältigungsstrategien in der alltäglichen Konfrontation mit Antisemitismus? Wo finden diese Konfrontationen statt und was bedeuten sie für das jüdische Leben in Deutschland vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Verfolgung und der damit verbundenen Folgewirkungen?

Antisemitismus zu erfahren, bedeutet nicht nur, mit Vorurteilen konfrontiert zu sein, sondern auch mit alltäglichen Mikroaggressionen,¹⁹ Herabwürdigungen und Exotisierungen, die nicht nur vom Einzelnen unmittelbar, sondern auch indirekt über Familie, öffentliche Diskurse und antisemitische Vorfälle erlebt werden.

Das Wahrnehmen und Erleben von Antisemitismus ist eine historische Erfahrung, beschränkt sich aber nicht ausschließlich auf das Jüdischsein, sondern ist mehrdimensional und vermischt sich mit weiteren identitätsstiftenden Merkmalen und Differenzkategorien wie Geschlecht, Alter, körperliche und gesundheitliche Verfassung und insbesondere auch Herkunft und Sprache. Antisemitische Erfahrungen stehen in Deutschland genuin in einem engen Zusammenhang mit den Folgen der nationalsozialistischen Verfolgung und Ermordung der Juden in Europa. Traumatische (transgenerationale) Erfahrungen, die aufgrund ihres extremen Ausmaßes und der ausbleibenden Solidarität der nichtjüdischen Bevölkerung nicht verarbeitet werden konnten, bleiben nicht nur für direkt Betroffene, sondern auch für die nachfolgenden Generationen eine spürbare Belastung.

Darüber hinaus ist der Antisemitismus nicht nur auf individueller Ebene in Form von direkten Abwertungen und Übergriffen virulent, sondern auch als Bestandteil gesellschaftlicher Strukturen. Das äußert sich in Diskursen, Debatten oder auch über normative Identitäts- und Rollenzuweisungen. Das bedeutet, dass der Antisemitismus auf der individuellen Ebene wirkt (z. B. in Form von direkten Abwertungen und Übergriffen) und gleichzeitig auf institutioneller, struktureller und diskursiver Ebene zu finden ist (z. B. als symbolische Diskriminierung durch Diskurse, in Form von Regelungen, die jüdisches Leben in Deutschland ignorieren oder erschweren).²⁰ Dazu gehören die immer wieder aufkommenden Forderungen, die gesetzlich geregelte Beschneidung jüdischer Jungen zu untersagen oder das entsprechend der jüdischen Speisegesetze praktizierte Schächten von Tieren zu verbieten. Strukturelle Formen von Diskriminierung äußern sich nicht zuletzt auch in rechtlichen Fragen, der gewährten Sicherheit und dem gebotenen Schutz, die eine Minderheit erfährt.²¹

¹⁹ „Mikroaggression“ ist ein sozialpsychologischer Begriff, der 1970 von Chester Pierce geprägt wurde, um kleine, als übergriffig wahrgenommene Äußerungen in der alltäglichen Kommunikation zwischen Weißen und Schwarzen zu beschreiben. Darunter werden alltägliche Äußerungen verstanden, die abwertende Botschaften senden, die sich auf deren Gruppenzugehörigkeit beziehen. Von Mikroaggression betroffen sind oft Angehörige marginalisierter gesellschaftlicher Gruppen: People of Color, Menschen mit Migrationshintergrund, Homosexuelle oder Menschen mit Behinderungen.

²⁰ Antisemitismus in Deutschland – aktuelle Entwicklungen, Kap. „Erfahrungsräume und Perspektiven der jüdischen Bevölkerung im Umgang mit Antisemitismus“, S. 91–115.

²¹ In einer repräsentativen Umfrage von 2006 verneinte noch ein Viertel der Befragten, dass Juden die gleichen Rechte wie die Mehrheitsgesellschaft haben sollten (vgl. Werner Bergmann, Expertenkreis Antisemitismus beim BMI, Vortrag zu Ergebnissen der Einstellungsforschung zum „Antisemitismus in Deutschland“ am 15.2.2010; aktualisierte Fassung von Juni 2011, S. 6, http://www.bagkr.de/wp-content/uploads/bergmann_antisemitismus-in-dt.pdf).

Vieles davon bleibt jedoch für die nichtjüdische Mehrheitsgesellschaft weitgehend unsichtbar. Der Umgang damit ist in der Gesellschaft immer noch mit Ambivalenzen verbunden und von Abwehr- sowie Distanzierungspraktiken geprägt. Die Thematisierung von Antisemitismus geht daher mit Abwehrmechanismen einher und die Sicht der Betroffenen wird tendenziell ausgeblendet.²² Es gibt auch erstaunlich wenig Kenntnis darüber, wie jüdische Menschen den gegenwärtigen Antisemitismus wahrnehmen, erleben und bewältigen. Im deutschsprachigen Raum existiert eine Reihe aussagekräftiger empirischer Studien zu antisemitischen Einstellungen. Der überwiegende Teil von ihnen folgt jedoch kognitiven Ansätzen, das heißt, es werden vor allem Stereotype und verbalisierte Vorurteile untersucht, während emotionale Aspekte und die Zusammenhänge zwischen kognitiven und affektiven Anteilen antisemitischer Kommunikation und Praxis (noch) nicht ausreichend erforscht sind.²³ Ähnlich sieht es bei der Erforschung der Betroffenenperspektive aus. Bislang gibt es nur wenige Studien zum subjektiven Erleben und Wahrnehmen von Antisemitismus. Das Verständnis von Antisemitismus ist also maßgeblich durch die historische Perspektive und die Einstellungsforschung geprägt. Darin spielten die Erfahrungen derjenigen, die von Antisemitismus betroffen sind, eher eine untergeordnete Rolle. Ihre Differenzrealitäten, Perspektiven und Bedürfnisse werden nicht explizit gemacht und verbleiben bis heute häufig außerhalb der hiesigen Debatten um gesellschaftliche Ausgrenzung und Diskriminierung.

Die vom zweiten Unabhängigen Expertenkreis Antisemitismus (UEA) in Auftrag gegebene Studie zu jüdischen Perspektiven auf Antisemitismus²⁴ hat diese Leerstelle gefüllt. Befragt wurden mittels einer Onlinebefragung über 500 Personen zu ihren Erfahrungen mit sowie Deutungen von Antisemitismus, was durch eine weitere qualitative Untersuchung einen tiefen Einblick in ihre Wahrnehmungen, Belastungen und Bewältigungsstrategien ermöglicht.

76 Prozent der 553 Befragten halten den Antisemitismus für ein eher bzw. sehr großes Problem, 78 Prozent meinen, der Antisemitismus habe in den letzten fünf Jahren etwas bzw. stark zugenommen. Die Spannweite ihrer Erfahrungen reicht von subtilen Formen bis hin zu verbalen Beleidigungen und physischer Gewalt. Dabei geht es nicht zwingend um direkte, sondern auch ungerichtete, nicht direkt auf Personen bezogene (symbolische sowie diskursive) Erfahrungen im Internet, auf Demonstrationen, in der Schule, am Arbeitsplatz. Als Täter wurden von den Betroffenen überproportional häufig

²² Antisemitismus in Deutschland – aktuelle Entwicklungen, Kap. „Erfahrungsräume und Perspektiven der jüdischen Bevölkerung im Umgang mit Antisemitismus“, S. 91–115.

²³ Jensen, Uffa/Schüler-Springorum, Stefanie: Antisemitismus und Emotionen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 64, 2014, S. 17–24.

²⁴ Mit der Studie zu jüdischen Perspektiven auf Antisemitismus beauftragte der Unabhängige Expertenkreis das Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld unter Leitung von Prof. Dr. Andreas Zick. Die qualitative Studie wurde von Prof. Dr. Julia Bernstein umgesetzt. Die Stichprobe umfasste eine Onlinebefragung und eine qualitative Befragung. Die Daten der Onlinebefragung basieren auf 553 vollständig ausgefüllten Fragebögen. Vgl. Antisemitismus in Deutschland – aktuelle Entwicklungen, Kap. „Erfahrungsräume und Perspektiven der jüdischen Bevölkerung im Umgang mit Antisemitismus“, S. 91–115; Bernstein, Julia/Hövermann, Andreas/Jensen, Silke/Zick, Andreas: Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus in Deutschland. Ein Studienbericht für den Expertenrat Antisemitismus, 2017, online unter: https://uni-bielefeld.de/ikg/daten/JuPe_Bericht_April2017.pdf.

muslimische Personen genannt, daneben aber auch links und rechts Orientierte und gerade bei den versteckten Andeutungen auch Personen aus der „Durchschnittsbevölkerung“. Besonders der sekundäre Antisemitismus, der sich zwischen den Zeilen und eher als Andeutung äußert, stellt das subjektive Empfinden von Normalität und Zugehörigkeit in Frage und verstärkt die Wahrnehmung von Juden als „Nichtzugehörige“. Schon diese wenigen Diskurslinien vermitteln einen Eindruck von der Perspektivendivergenz, die mögliche Annäherungsprozesse zwischen der nichtjüdischen Mehrheitsgesellschaft und der jüdischen Gemeinschaft erheblich beeinflusst.

Zudem ist mit Blick auf die Geflüchteten aus Ländern des Nahen Ostens die Sorge groß, sie könnten den in ihren Ländern verbreiteten Antisemitismus mitbringen. Der Großteil der Befragten empfindet den Alltagsantisemitismus, der sie buchstäblich umgibt, als belastend. Es besteht ein hohes Ausmaß an Verunsicherung und Angst vor Übergriffen. Das zieht Vorsichtsmaßnahmen nach sich: Bestimmte Orte werden gemieden, jüdische Symbole versteckt, jüdische Zugehörigkeit verschwiegen. Zugleich wählen nur recht wenige Befragte den Weg, konkrete Vorfälle zu melden, noch weniger lassen sich beraten. Das Dunkelfeld der nicht angezeigten auch gravierenden Vorfälle dürfte daher hoch sein.

Antisemitismus an der Schule ist zum Beispiel ein Phänomen, das erst seit einigen Monaten mediale und politische Aufmerksamkeit bekommt, obwohl es seitens der Betroffenen seit Jahren beklagt wird. Es beginnt mit Sticheleien, Beschimpfungen und endet im schlimmsten Fall mit körperlicher Gewalt oder antisemitisch aufgeladenem Mobbing. Aus der UEA-Studie lassen sich drei Kategorien ableiten, die auf einen offenen Antisemitismus in der Schule hindeuten: Provokationsangriffe mit positiven Bezügen zum Nationalsozialismus (meistens artikuliert und gerichtet von Jugendlichen an Jugendliche), antiisraelische Haltungen, die das aggressive Verhalten – auch Gewalttaten – gegenüber jüdischen Schüler*innen zu legitimieren versuchen, und der Gebrauch von „Du Jude!“ als Schimpfwort (oft beliebig auch an Nichtjuden gerichtet).²⁵ Im Ergebnis schwindet das Vertrauen jüdischer Eltern in die Schule als ein sicherer Ort. Schulen müssen dringend befähigt werden, mit Diversität, gruppenbezogenen Konflikten, Antisemitismus und Rassismus kompetent und vor allem rechtzeitig umzugehen, noch bevor es zu Ausfällen kommt.²⁶

Die Perspektive derjenigen, die von Fremdmachung, Abwertung und Ausgrenzung unmittelbar betroffen sind, unterscheidet sich in der Regel von der Perspektive der Mehrheitsgesellschaft, die mit solchen Erfahrungen nicht konfrontiert wird. Denjenigen, die antisemitische Bedrohungen befürchten und ihre Sorge vor einem erneuten Anstieg von Antisemitismus bis hin zu körperlichen Angriffen artikulieren, schlägt nicht selten Unverständnis entgegen. Mehr oder weniger offen im Raum steht der Vorwurf, die Situation übertrieben darzustellen, überempfindlich oder alarmistisch zu sein. Bei der

²⁵ Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus in Deutschland, S. 61. Julia Bernstein führte qualitative Interviews durch und wertete diese aus.

²⁶ Chernivsky, Marina: Teil des Alltags. Es darf nicht länger übersehen werden, wie „normal“ Judenfeindlichkeit geworden ist. In: Jüdische Allgemeine, 30.11.2017, <http://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/30257>.

Auseinandersetzung mit Antisemitismus sind die Schicksale, Erinnerungen und Erfahrungen der Juden in Deutschland wegen des Holocaust eng mit den Perspektiven der nichtjüdischen, alteingesessenen deutschen Mehrheitsangehörigen verknüpft, deren Vorfahren auf die eine oder andere Weise, direkt oder indirekt an der nationalsozialistischen Verfolgung und Ermordung der Juden beteiligt waren und ihre Erlebnisse an die Nachkommen weitergegeben haben. Die Frage, wie Jüdinnen und Juden heute in Deutschland Antisemitismus erleben, berührt also immer auch Fragen der familialen und kollektiven Identität und fordert zur Selbstreflexion der eigenen Familiengeschichte heraus.

Fazit

Auf die Frage „Müssen wir wieder Angst haben?“ ist vor diesem Hintergrund ein eindeutiges Ja ebenso unverantwortlich wie ein definitives Nein. Ein Teil der jüdischen Bevölkerung ist in Deutschland durch die aktuellen Formen des Antisemitismus verunsichert. Negative bis feindliche Haltungen gegenüber Israel werden nicht nur in den klassischen Medien, sondern verstärkt auch in sozialen Netzwerken und politischen Bewegungen/Parteien sehr genau wahrgenommen bzw. registriert.

Der Fluss der politischen Prozesse verlangt eine genaue Beobachtung und Analyse der Ereignisse und Tendenzen. Geschichte wiederholt sich nicht einfach, aber sie ist auch nicht frei von Kontinuitäten und Widersprüchen, die von den Individuen – abhängig von den eigenen Erfahrungen, Traumata oder tradierten Ängsten – unterschiedlich verarbeitet werden. In Anbetracht der ins Stocken geratenen Demokratisierung und Aufklärungsbereitschaft moderner Gesellschaften sind jedoch politisch denkende und handelnde Mitglieder der Zivilgesellschaft – ganz gleich ob Juden oder Nichtjuden – aufgefordert, Gefährdungen der liberalen Gesellschaftsordnung entschieden anzusprechen, zu veröffentlichen, zu skandalisieren und sich ihnen mit allen zur Verfügung stehenden rechtlichen Mitteln entgegenzustellen. Erst wenn auch dieses Engagement nicht wirkt, dann müssen wir Angst haben.

Prof. Dr. Doron Kiesel ist wissenschaftlicher Direktor der Bildungsabteilung des Zentralrats der Juden in Deutschland. Zahlreiche Veröffentlichungen zur Migration und Integration ethnisch-kultureller und religiöser Minderheiten in der Bundesrepublik Deutschland. Wissenschaftliche Schwerpunkte: Interkulturelle/internationale Pädagogik und Soziale Arbeit; Migrations- und Integrationsforschung.